

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **21.01.2021** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

18.WP/A-WALV/044

Beginn öffentlicher Teil: 17:01 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:00 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:50 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:21 Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Plaß, Barthold

Bürgermeister

Pollehn, Armin

stellv. Vorsitzender

Kaever, Volkhard, Dr.

Mitglied/Mitglieder

Apel, Robert
Dralle, Karl-Heinz
Frick, Anne
Lentz, Stefan
Meyer, Andreas
Morich, Hans-Dieter

stellv. Mitglied/Mitglieder

Nijenhof, Rüdiger

als Vertretung für Herrn
Niklas Gottschalk

Beratende/s Mitglied/er

Arand, René
Auerbach, Stefan
Wessarges, Sven

Gast/Gäste

Herr Mazur

(PGT) bis TOP 4

Verwaltung

Herbst, Rainer
Krause, Julia
Scholz, André

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 03.12.2020
3. Vorgehensweise zur Erstellung des Mobilitätskonzeptes - Vorstellung durch das Ingenieurbüro
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Beisetzungen auf Stadtteilmfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde" - Änderung Beschlussvorschlag (Bezug: A 2020 1249 und BV 2020 1249/1)
Vorlage: BV 2020 1249/2
- 5.1. Beisetzungen auf Stadtteilmfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde", Änderungsantrag "Zukunft und Tradition im Friedhofswesen" der Gruppe SPD, B'90/Die Grünen, WGS, Freie Burgdorfer vom 15.01.2021
Vorlage: A 2020 1249/3
6. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
- 6.1. Weitere Bahnquerungen - Anfrage der Gruppe SPD-B'90/Die Grünen-WGS-Freie Burgdorfer
Vorlage: F 2020 1464
7. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Plaß**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 03.12.2020

Der Ausschuss fasst einstimmig (8 Jastimmen, 1 Enthaltung) folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr vom 03.12.2020 wird genehmigt.

3. Vorgehensweise zur Erstellung des Mobilitätskonzeptes - Vorstellung durch das Ingenieurbüro

Herr Plaß begrüßt Herrn Mazur vom Ingenieurbüro PGT und übergibt ihm das Wort.

Herr Mazur stellt zunächst das Büro PGT und seine Arbeitsfelder vor. Anhand einer Präsentation, die als **Anlage 1** dem Protokoll beigelegt ist, erläutert er die Vorgehensweise zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes. Das Konzept berücksichtigt das gesamte Stadtgebiet und nicht nur die Kernstadt. Auch städtebauliche Veränderungen werden berücksichtigt. Es sind viele Fragen abzuclarbeiten. U.a. sind Aufgabenbereiche wie die Netzgestaltung, Radverkehr oder auch die Entlastung von Verkehrsachsen und die neuen Ansprüche in der Mobilität zu diskutieren. Ziel ist die Erstellung eines gemeinsamen Konzeptes, welches durch Absprachen zwischen Fachleuten, Politik und Bürgern zusammengetragen wird.

Zunächst erfolgt die Sondierungsphase mit Workshops, so dass nach der Sommerpause ein Arbeitsrahmen festgelegt werden kann. Wünsche und Zielvorstellungen werden dazu abgestimmt. Insgesamt wird die Arbeitszeit voraussichtlich ca. zwei Jahre betragen. Auch in der aktuellen Pandemiezeit bestehen diverse Möglichkeiten die Bürger in das Konzept mittels Befragungen einzubeziehen.

Herr Dr. Kaever erkundigt sich, ob auch Umfahrungen, wie z. B. eine Südumgehung, in dem Konzept thematisiert werden. **Herr Mazur** antwortet, dass Burgdorf eine wachsende Stadt ist und man sich sicherlich auch mit dieser Fragestellung beschäftigen muss. Er gibt jedoch zu bedenken, dass man eine solche Maßnahme im Rahmen des Mobilitätskonzeptes nicht abschließend abarbeiten kann. Die Klärung der Frage der Notwendigkeit und Trassierung einer Umgehung wird mehr als fünf bis zehn Jahre beanspruchen. Kurzfristige Maßnahmen sollen aber gleich im Rahmen des Konzeptes umgesetzt werden.

Herr Apel stellt fest, dass die Sondierungsphase die Grundlage bildet. Im Hinblick auf die anstehende Kommunalwahl erkundigt er sich, welche Aussagen getroffen werden können. **Herr Mazur** berichtet, dass vor der Wahl möglichst eine gemeinsame Grundlage gefunden wird, so dass nach der Wahl darauf aufgebaut werden kann.

Herr Morich findet, dass Burgdorf auf dem richtigen Weg ist. Ihm persönlich ist die Ansiedlung von Gewerbe wichtig, da damit auch Arbeitsplätze verbunden sind. In Bezug auf Straßenverkehrsmaßnahmen teilt er mit, dass er Kreisverkehrsplätze befürwortet.

Herr Wessarg freut sich, dass die Bürgerbeteiligung und -befragung einen großen Stellenwert in dem Konzept hat. Er möchte wissen, wie das Thema Schulwege eingebunden wird sowie der IGS-Neubau und die damit verbundenen neuen Verkehrswege. Auch das Thema Hochbrücke muss eingebunden werden. Die Transparenz dieser Fragen ist ihm wichtig.

Herr Mazur antwortet, dass das Thema Schulwege aktuell schon betrachtet wird. Aber auch im Rahmen des Mobilitätskonzeptes wird das Thema begleitet und eingebunden. Weiterhin ist die neue IGS eine Veränderung, die sich in dem Konzept wiederfinden wird. Die Innenstadt mit der Hochbrücke ist ein wichtiger Punkt, der zu bearbeiten ist, damit Aussagen getroffen werden können. Dabei wird u.a. voraussichtlich auch das Thema „Fußgängerzone Marktstraße“ wieder aufgegriffen.

Herr Wessarges teilt mit, dass das Bauvorhaben Acribo den Verkehrsfluss stark verändern wird. Er erkundigt sich, ob PGT auch Empfehlungen zu der Erreichbarkeit mittels ÖPNV abgeben wird. **Herr Mazur** informiert, dass sich auch der ÖPNV in den Fragestellungen wiederfinden wird. Tatsächliche Verkehrsdaten werden dabei berücksichtigt, wobei auch Radverkehrszählungen erfolgen.

Herr Plaß bedankt sich bei Herrn Mazur für den Vortrag.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mündliche Mitteilungen liegen nicht vor.

5. Beisetzungen auf Stadtteilmfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde" - Änderung Beschlussvorschlag (Bezug: A 2020 1249 und BV 2020 1249/1) Vorlage: BV 2020 1249/2

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 5.1 beraten.

5.1. Beisetzungen auf Stadtteilmfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde", Änderungsantrag "Zukunft und Tradition im Friedhofswesen" der Gruppe SPD, B´90/Die Grünen, WGS, Freie Burgdorfer vom 15.01.2021 Vorlage: A 2020 1249/3

Herr Plaß teilt mit, dass der Kompromissvorschlag seitens der Verwaltung von seiner Fraktion hätte mitgetragen werden können. Der jetzt gestellte Änderungsantrag der Mehrheitsgruppe betrifft jedoch direkt die Ortsräte. Daher schlägt er vor, den Antrag zunächst in die Ortsräte zu verweisen. Diese Vorgehensweise kann **Herr Dralle** nicht nachvollziehen. Im Antrag wird vorgeschlagen, dass die Ortsräte bei Bedarf ihre eigene Richtlinie aufstellen können. Somit wird seiner Meinung nach kein Recht der Ortsräte verletzt.

Auch **Herr Nijenhof** sieht nicht, dass durch den Änderungsantrag die Ortsräte betroffen sind. Dem widerspricht **Herr Apel**. Ohne Beteiligung der Ortsräte an dem Änderungsantrag sind diese in ihren Rechten verletzt.

Herr Pollehn äußert seine Enttäuschung über den Änderungsantrag. In der Sitzung des Verwaltungsausschusses wurde sich darauf geeinigt, dass die Verwaltung einen Kompromiss erarbeitet. In dem Vorschlag wurden alle Wünsche berücksichtigt, daher ist er verwundert, dass dieser Kompromiss nun nochmal geändert werden soll. Nach dem Nds. Kommunalverfassungsgesetz obliegt den Ortsräten die Entscheidungsbefugnis für die Benutzung der Friedhöfe. Mit der

von der Verwaltung erarbeiteten Richtlinie soll lediglich eine Handlungsempfehlung für den Umgang mit den Ausnahmeanträgen gegeben werden. Der nun vorliegende Änderungsantrag wirkt sich jedoch auf die Ortsräte aus, so dass diese erneut in den Entscheidungsprozess eingebunden werden müssen. Er gibt allerdings zu bedenken, dass es Ortsteile mit Ortsvorstehern gibt. Mit dem Zusatz in dem Änderungsantrag werden diese anders gestellt, als die Orte mit Ortsräten. Eine Unterscheidung sollte möglichst vermieden werden, dies sollte bei der Entscheidung berücksichtigt werden. Ein Kompromiss für alle Ortsteile sollte das Ziel sein.

Die Sitzung wird um 17:48 Uhr zur Beratung in der Mehrheitsgruppe unterbrochen und um 17: 58 Uhr fortgeführt.

Herr Arand berichtet, dass die Mehrheitsgruppe in der heutigen Sitzung einen Beschluss fassen möchte. Es sollte die beste Lösung für den Bürger gefunden werden. Dies Ziel wird mit dem Änderungsantrag erreicht, welcher die Ortsräte nicht in ihren Rechten beschneidet.

Herr Plaß schlägt vor, dass der Antrag in der heutigen Sitzung nicht behandelt werden soll, sondern in die Ortsräte überwiesen wird. Darüber lässt er den Ausschuss abstimmen.

Der Ausschuss stimmt mit 4 Jastimmen und 5 Neinstimmen gegen folgenden

Beschluss:

Der Änderungsantrag wird zur Beratung an die Ortsräte überwiesen.

Somit ist die Überweisung des Antrages in die Ortsräte abgelehnt und die Diskussion über den Änderungsantrag wird fortgeführt.

Herr Dr. Kaefer erinnert an die letzte Ausschusssitzung. Die meisten Vertreter der Ortsteile waren anwesend und haben ihre Meinung vorgetragen. Der Mehrheitsgruppe war wichtig, einen echten Kompromiss zu erarbeiten, was aus dem Änderungsantrag hervorgeht. Die Friedhofsentwicklungsplanung hat ergeben, dass auf den Friedhöfen ausreichend Flächen zur Verfügung stehen. Somit ist die Sorge unbegründet, dass nicht genug Platz für die Bürger des Ortsteiles zur Verfügung steht. Um dies sicherzustellen, soll einmal jährlich ein Bericht über die Belegungszahlen vorgelegt werden.

Herr Apel weist erneut darauf hin, dass mit dem Änderungsantrag wesentliche Teile der Richtlinie anders gefasst werden sollen. Dazu müssen die Ortsräte ihre Stimmen abgeben dürfen. Mit einer heutigen Entscheidung über den Antrag werden diese ausgeschlossen.

Herr Nijenhof teilt mit, dass mit den Ortschaften bereits diskutiert wurde. Der vorgelegte Kompromissvorschlag der Verwaltung wird von der Mehrheitsgruppe nicht als solcher gesehen. Deshalb wurde der Änderungsantrag formuliert. Die Sorge der kleinen Ortsteilfriedhöfe ist wohl eher, dass zu wenig Bestattungen erfolgen und eine Schließung drohen könnte. Die bisherigen Ablehnungsgründe bestehen darin, dass der Verstorbene keinen Bezug zum Ortsteil hat. Ihm persönlich ist es nicht so wichtig, wo derjenige herkommt. Seiner Meinung nach wird über die Öffnung der Friedhöfe eher der Erhalt dieser gesichert.

Herr Plaß teilt mit, dass der Friedhof zur Ortskultur gehört und daran soll sich nichts ändern. Es sollten nicht nur die Orte mit Ortsräten einbezogen werden. Auch die Ortsvorsteher sind in die Entscheidungen einzubeziehen.

Herr Arand informiert, dass er sich die Hauptsatzung der Stadt Burgdorf angesehen hat. Darin ist geregelt, welche Bereiche noch zur Kernstadt gehören, obwohl diese nicht in der Gemarkung Burgdorf liegen. Zum Beispiel liegt der Bereich „Zilleweg“ in der Gemarkung Heeßel, gehört aber zur Kernstadt, so dass sich Bewohner des Zilleweges nicht in Heeßel bestatten lassen können. Anders jedoch Anlieger im Bereich „Lehrter Straße / Alt Ahrbeck“. Diese Flächen gehören noch zur Ortschaft Heeßel. Das ist irritierend. Die Friedhöfe sind nachweislich nicht voll belegt. In Heeßel haben 2020 lediglich 4 Beisetzungen stattgefunden. Ziel sollte sein, dass die Wege zum Grab kurz sind. Damit wird auch die Pflege des Grabes vereinfacht. Er kann zudem nicht nachvollziehen, warum ein Bewohner der Kernstadt die Dorfkultur beschädigt. Für ihn ist das nur schwer erklärbar.

Der Ausschuss stimmt mit 5 Jastimmen und 4 Neinstimmen für folgenden

Beschluss

Die bisherige Richtlinie aus dem Jahre 1999 wird aufgehoben. Als neue Richtlinie wird nicht der Kompromissvorschlag der Verwaltung beschlossen, sondern die Regelungen, wie sie im Änderungsantrag der Mehrheitsgruppe, Vorlage A 2020 1249/3, dargestellt sind.

6. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

6.1. Weitere Bahnquerungen - Anfrage der Gruppe SPD-B'90/Die Grünen-WGS-Freie Burgdorfer Vorlage: F 2020 1464

Herr Dr. Kaever teilt mit, dass die Antwort zum jetzigen Zeitpunkt zufriedenstellend ist. Es war zu erwarten, dass aktuell noch keine konkreteren Antworten gegeben werden können. Die Fragen werden im Mobilitätskonzept mit abgearbeitet.

Herr Pollehn sagt, dass Burgdorf eine attraktive Stadt ist. Der Autoverkehr ist ein Teil davon und es wird ihn auch in der Zukunft geben. Eine Südumgehung wie damals geplant schließt er aus. Allerdings ist die Innenstadt zu den Zeiten des Berufsverkehrs überlastet. Daher muss man dies genauer betrachten, aber nicht für sich allein, sondern im Gesamten. Eine Südumfahrung über Ahrbeck Richtung Immenser Straße kommt damit in den Blick. Allerdings sind dann zunächst die Daten und Fakten aus dem Mobilitätskonzept notwendig.

Herr Arand findet, dass man keine „Altlasten“ abarbeiten sollte. Man muss prüfen, was das Beste für die Stadt ist und dabei nicht zwingend eine Südumgehung als Ziel im Vorfeld festlegen.

Herr Dr. Kaever stellt fest, dass eine Südumgehung, wie sie damals ange-dacht war, heute gar nicht mehr umsetzbar ist.

7. Anregungen an die Verwaltung

1. Herr Morich informiert, dass sich ältere Bewohner Gedanken machen, wie sie zum Impfzentrum nach Hannover kommen sollen. Er erkundigt sich, ob die Einrichtung eines Fahrdienstes oder ähnliches möglich ist. Älteren Bürgern sollte Mut zum Impfen gemacht werden. Sie sollen keine Angst haben, dass sie dort nicht hinkommen.

Herr Pollehn antwortet, dass die Verwaltung bereits im Austausch mit dem Seniorenrat zu dem Thema steht. Aktuell ist jedoch noch kein Impfstoff vorhanden, so dass nicht gesichert ist, wann der Impfstart ist. Ab dem 28. Januar soll die Internetseite freigeschaltet sein, über die man sich für einen Termin anmelden kann. Dies geht auch telefonisch. Leider kann man nicht einfach einen Bus nutzen und zum Impfzentrum fahren. Der Anmeldeweg muss eingehalten werden. Transportfahrten sollen jedoch von den Krankenkassen übernommen werden. Alle notwendigen Informationen zum Impfstart sollen per Post kommen. Sowie konkrete Termine zum Impfen feststehen, sollen auch die Überlegungen zum Fahrdienst weiter fortgesetzt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt wird auch von einem Impfzentrum in Burgdorf abgeraten. Die Umsetzung ist zu komplex, so dass ein zentrales Impfzentrum sicherer ist.

Herr Morich freut sich, dass sich zu dem Thema bereits Gedanken gemacht wurden.

2. Herr Nijenhof erkundigt sich nach der Vergabe der Marktkonzession. Die Zeitung hat berichtet, dass sich ein Bewerber zurückgezogen hat. **Herr Pollehn** berichtet, dass der Verein der Marktbesicker die Bewerbung zurückgezogen hat. Es gibt dazu eine Beschlussvorlage, welche in der nächsten Ausschusssitzung auf der Tagesordnung steht.

3. Herr Arand möchte wissen, ob es Überlegungen zu lokalen Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft, wie z. B. der Gastronomie, gibt. **Herr Pollehn** antwortet, dass es zwar Fördermittel vom Bund gibt, diese aber schleppend ausgezahlt werden. Es wurde bereits Kontakt mit dem Stadtmarketingverein aufgenommen. Auch im Krisenstab wurde das Thema besprochen. Überlegungen wurden somit schon angeschoben. Wenn es Möglichkeiten gibt, wird dies auch politisch kommuniziert.

4. Herr Arand fragt nach, wie der Sachstand in Bezug auf die Feuerwehrezufahrten im Bereich des Inselviertels ist. Vom damaligen Bauträger wurden die erforderlichen Feuerwehrezufahrten nicht hergestellt, obwohl die Rettungswege Bestandteil der Baugenehmigung waren. **Herr Pollehn** teilt mit, dass die Bauaufsicht entsprechende Gespräche führen wird. Die Planungsfehler von damals gibt es. Nun muss man überlegen, wie der Zustand bereinigt und die Fehler geheilt werden können. Ein konkretes Ergebnis steht jetzt aber noch nicht fest.

Einwohnerfragestunde

1. Eine Anwohnerin der Lippoldstraße findet gut, dass es Überlegungen zum Fahrdienst ins Impfzentrum gibt. Sie bittet jedoch darum, dies nicht nur für Personen über 80 Jahre anzubieten. Es gibt auch 70jährige, die nicht eigenständig dorthin kommen. Sie schlägt vor, keine Beschränkung des Alters festzulegen. Weiterhin fragt sie nach, ob es auch eine Hilfestellung aus der Verwaltung in Bezug auf die Terminbeantragung gibt. **Herr Pollehn** antwortet, dass es eine gestaffelte Reihenfolge zur Impfung

gibt und zunächst nur die über 80jährigen geimpft werden sollen. Diese erhalten einen Brief. Die Verwaltung steht in Kontakt mit dem Seniorenrat. **Herr Auerbach** vom Seniorenrat ergänzt, dass eine Hilfestellung so gut es geht ermöglicht werden soll, u.a. bei der Anmeldung. In welcher Form das konkret erfolgen soll, muss noch abgestimmt werden.

2. Weiterhin möchte **die Anwohnerin** wissen, wie es mit der Einbahnstraßenregelung an der Astrid-Lindgren-Grundschule weitergeht. **Herr Herbst** berichtet, dass es eine Auswertung gibt, die auch zur Verfügung gestellt wird. Eine entsprechende Beschlussvorlage ist dazu eingestellt, welche am 04.02. in diesem Ausschuss beraten werden soll.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin